



Stadt Wilhelmshaven
Rechnungsprüfungsamt

Bericht

**über die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2007
und des Rechenschaftsberichtes
für das Haushaltsjahr 2007
der Stadt Wilhelmshaven
(Kernverwaltung)**



**Nordsee Stadt
Wilhelmshaven**

Inhaltsverzeichnis

1. PRÜFUNGSaufTRAG	3
2. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	4
2.1 Lage der Stadt	4
2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung	4
2.1.1.1 Finanzwirtschaftliche Lage und Haushaltswirtschaft	4
2.1.1.2 Mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind	4
2.2 Jahresabschluss des Vorjahres	5
2.3 Grundlagen der Haushaltswirtschaft	6
2.3.1 Haushaltssatzung/ Nachtragssatzung/ Genehmigung	6
2.3.2 Unterlagen zur vorläufigen Haushaltsführung	7
2.3.3 Haushaltssicherungskonzept	7
2.4 Wirtschaftliche Betätigung der Stadt	7
3. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	10
3.1 Gegenstand der Prüfung	10
3.2 Art und Umfang der Prüfung	10
4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	14
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	14
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	14
4.1.2 Jahresabschluss	16
4.1.3 Rechenschaftsbericht	16
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	18
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	18
4.2.2 Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen	18
4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen	18
5. PRÜFUNGSVERMERK	19
6. ANLAGEN ZUM SCHLUSSBERICHT	21

1. PRÜFUNGSaufTRAG

Gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 1 NGO i.V.m. § 120 Abs. 1 NGO obliegt dem Rechnungsprüfungsamt die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2007 (Anlagen 6.1.1 bis 6.1.3) unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

der Stadt Wilhelmshaven (Kernverwaltung),

nachfolgend auch Stadt genannt.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 120 Abs. 3 NGO mit diesem Schlussbericht.

Dieser Schlussbericht wurde um einen besonderen Erläuterungsteil der Posten der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung erweitert, der diesem Bericht als Anlage 6.2.2 beigefügt ist.

2. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

2.1 Lage der Stadt

2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung

2.1.1.1 Finanzwirtschaftliche Lage und Haushaltswirtschaft

Im Jahresabschluss sowie Rechenschaftsbericht wurden nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes folgende wesentlichen Aussagen zum Verlauf der Haushaltswirtschaft und zur finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt getroffen:

- Die wirtschaftliche Entwicklung des Haushaltsjahres 2007 ist u. a. aufgrund höherer Gewerbesteuereinnahmen als positiv anzusehen.
- Der Höchstbetrag für Liquiditätskredite wurde daher nicht ausgeschöpft.
- Investitionskredite mussten nicht aufgenommen werden.
- In 2007 mussten nach § 89 NGO insgesamt TEUR 730 im Ergebnishaushalt nachbewilligt werden, im investiven Teil des Finanzhaushalts TEUR 26.

Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:

Die Aussagen im Rechenschaftsbericht zur finanzwirtschaftlichen Lage und zum Verlauf der Haushaltswirtschaft der Stadt geben zwar grundsätzlich eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wieder, ergänzend wird aber noch auf die unseres Erachtens folgenden fehlenden Sachverhalte hingewiesen:

- Interpretation der Jahresabschlussanalyse;
- wesentliche Gründe für die Beeinflussung des Jahresergebnisses neben der Gewerbesteuer.

2.1.1.2 Mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind

Im Rechenschaftsbericht wurden nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes folgende wesentliche Aussagen über mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, getroffen.

- Während zum 31.12.2007 noch ein Jahresüberschuss erwirtschaftet wurde, werden für die Folgejahre aufgrund weggebrochener Gewerbesteuererinnahmen und durch die Ende 2008 eingetretene Finanz- und Wirtschaftskrise Fehlbeträge prognostiziert, die bis zum 31.12.2010 auf MioEUR 43 anwachsen.
- Das Gesamtdefizit der mittelfristigen Finanzplanung wird bis Ende 2015 auf MioEUR 108 anwachsen.
- Im Jahr 2015 wird das Dispositionskapital der Nettoposition abgeschmolzen sein und unter Einbeziehung des Basis-Reinvermögens die bilanzielle Überschuldung im Jahr 2018 eintreten.

Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:

Die Aussagen im Rechenschaftsbericht stellen zwar grundsätzlich mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes zutreffend dar, ergänzend wird aber noch auf die unseres Erachtens folgenden fehlenden Sachverhalte hingewiesen:

- Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag wie z. B. ungewöhnliche Kostenentwicklungen durch Preissteigerungen, Steuererhöhungen oder der Anstieg der Sozialaufwendungen;
- umfassende und tieferegehende Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Stadt incl. Risiken im Hinblick auf die drohende bilanzielle Überschuldung;
- umfassende und detaillierte Prognosen der im Rechenschaftsbericht dargestellten Entwicklungen über das Jahr 2007 hinaus.

2.2 Jahresabschluss des Vorjahres

Der Schlussbericht des RPA über die Prüfungen zum Haushaltsjahr 2006 datiert vom 12.11.2008. Der Rat hat in seiner Sitzung am 25.03.2009 die Jahresrechnung 2006 beschlossen und dem Oberbürgermeister unbeschränkte Entlastung erteilt. Die Bekanntmachung erfolgte am 28.03.2009. Die öffentliche Auslegung der Jahresrechnung 2006 mit dem um die Stellungnahme des Oberbürgermeisters ergänzten Schlussbericht des RPA erfolgte in der Zeit vom 30.03. bis 07.04.2009. Die Kommunalaufsichtsbehörde wurde mit Bericht vom 07.04.2009 unterrichtet.

Das Rechnungslegungs- und Entlastungsverfahren wurde damit vorschriftsmäßig abgewickelt und ist abgeschlossen. Die dauernde Aufbewahrung des Jahresabschlusses in ausgedruckter Form gemäß § 39 Abs. 2 GemHKVO ist gewährleistet.

2.3 Grundlagen der Haushaltswirtschaft

2.3.1 Haushaltssatzung/ Nachtragssatzung/ Genehmigung

Beim durch die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung vom Rat vorgegebenen Haushaltsplan handelt es sich für das Haushaltsjahr 2007 um den ersten nach den Grundsätzen des NKR erstellten doppelhaushaltigen Produkthaushalt, der sich aus einem Ergebnishaushalt und einem Finanzhaushalt zusammensetzt. Diese sind in Teilhaushalte - Budgets im Sinne des § 4 Abs. 3 GemHKVO - untergliedert.

Die Haushaltssatzung 2007 wurde am 28.02.2007 vom Rat beschlossen.

Die Haushaltsgrundlagen sind rechtswirksam zustandegekommen. Sie entsprechen formell und inhaltlich den Vorschriften. Eine Nachtragshaushaltssatzung wurde nicht erlassen.

Der Haushaltsplan ist nach den Grundsätzen des § 85 NGO i. V. m. § 1 GemHKVO aufgestellt worden. Dabei wurden die mit RdErl. d. MI vom 04.12.2006 aus Gründen der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der kommunalen Haushalte für verbindlich erklärten Haushaltsmuster beachtet.

Nach § 86 Abs. 1 NGO soll die Haushaltssatzung der Aufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorgelegt werden. Diese Vorlagefrist wurde infolge verspäteter Beschlussfassung der Haushaltssatzung um rund drei Monate überschritten.

Der ursprüngliche Haushaltsplan war im Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen. Damit wird der Anforderung des § 82 Abs. 4 NGO nicht entsprochen, wonach der Haushalt ausgeglichen sein soll. Die Planung berücksichtigte einen Fehlbedarf von 2,18 Mio €.

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung war ursprünglich ebenfalls nicht ausgeglichen. Die Ergebnisplanung wies Fehlbeträge in 2008 von 16,25 Mio €, in 2009 von 5,16 Mio € und in 2010 von 1,16 Mio € aus.

Das Nds. Ministerium für Inneres, Sport und Integration (MI) als Kommunalaufsichtsbehörde hat die Haushaltssatzung der Stadt Wilhelmshaven für das Haushaltsjahr 2007 mit Schreiben vom 22.03.2007 aufgrund des strukturellen Defizits sowie eines fehlenden Haushaltssicherungskonzepts nicht genehmigt. Nach Beschluss eines Haushaltssicherungskonzepts des Rates am 16.05.2007 erfolgte am 30.05.2007 die Genehmigung durch das MI (s. auch Punkt 2.3.3, Haushaltssicherungskonzept).

In der Genehmigungsverfügung wird vom Ministerium positiv angemerkt, dass die Fehlbeträge der letzten Jahre und entsprechend die Liquiditätskredite durch die hohen Gewerbesteuererinnahmen in 2006 erheblich abgebaut wurden.

Hingewiesen wird jedoch auf die nicht ausgeglichene mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung, wodurch die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt gem. § 23 GemHKVO nicht gegeben ist.

In diesem Zusammenhang bittet das Ministerium um die volle Ausschöpfung aller hauswirtschaftlichen Steuerungs- und Sparmöglichkeiten und kritisiert die erhebliche Steigerung des Verlustausgleichs für die WTF Stadtwerke GmbH um 2,4 MioEUR.

Die Stadt wird ausdrücklich ermutigt, den Weg der Entschuldung weiterzugehen. Zu erwartende Mehreinnahmen in 2007 sollen zum Abbau der aufgelaufenen Fehlbeträge bzw. der Liquiditätskredite verwendet werden. Oberstes Ziel muss die Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit sein.

2.3.2 Unterlagen zur vorläufigen Haushaltsführung

Das verspätete In-Kraft-Treten der Haushaltssatzung führte dazu, dass für die Zeit vom 01.01. bis 30.05.2007 die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung gem. § 88 NGO anzuwenden waren. Im Rahmen der Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte für Verstöße gegen § 88 NGO ergeben.

2.3.3 Haushaltssicherungskonzept

Da sowohl der Ergebnishaushalt 2007 als auch die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung bis 2010 nicht ausgeglichen waren, war die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes gemäß § 82 Abs. 6 NGO erforderlich. Es wurde vom Rat am 16.05.2007 beschlossen und am 30.05.2007 zusammen mit der Haushaltssatzung vom Nds. Ministerium für Inneres, Sport und Integration - Kommunalaufsicht - genehmigt. Das ursprünglich prognostizierte Defizit für die Jahre 2006 bis 2010 von 35 Mio € sollte damit auf 21 Mio € gesenkt werden. Lt. Haushaltssicherungskonzept 2007 soll dieses Defizit ab 2011 durch Überschüsse im Ergebnishaushalt und durch Vermögensveräußerungen in 5 bis 7 Jahren getilgt werden.

2.4 Wirtschaftliche Betätigung der Stadt

Der Auftrag zur Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt ergibt sich aus § 119 Abs. 3 Nr. 3 NGO. Geprüft wird die wirtschaftlichen Betätigung der Stadt als Gesellschafterin sowie die Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Eigengesellschaft oder einer Beteiligung vorbehalten hat.

Gegenstand der Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafterin ist, ob die Stadt die maßgeblichen gemeinderechtlichen Vorschriften beachtet und ob die Stadt die Einhaltung der für die Unternehmen, die sie führt oder an denen sie beteiligt ist, maßgeblichen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen im Wesentlichen überwacht.

Die Prüfung der Beachtung umfasst insbesondere die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung (§ 108 NGO), die Maßgaben für die Führung von Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts (§ 109 NGO), die Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen (§ 111 NGO) und die Berichtspflichten nach § 116a NGO.

Die Prüfung der Überwachung umfasst die Auswertung der Vorlagen an die Ausschüsse für Finanzen, Wirtschaft und maritime Fragen (FWM), Personal- und Gleichstellungsfragen (PGI) und Verwaltungsausschuss, der Protokolle über die Aufsichtsrats- und Verwaltungsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen sowie des Beteiligungsberichts nach § 116a NGO.

Gegenstand der Kassenprüfung sind die Kassen, die Kassenführung und die Kassenberichte der zu prüfenden Gesellschaften. Geprüft wird, ob das Kassenwesen rechtmäßig und wirtschaftlich geführt wird sowie zuverlässig eingerichtet ist.

Gegenstand der Buchprüfung bei einer zu prüfenden Gesellschaft ist deren Buchführung für das Berichtsjahr. Die Prüfung beschränkt sich grundsätzlich auf die Auswertung des Berichts des externen Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Im Vordergrund stehen der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Lagebericht, die Aussagen zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, zu den wirtschaftlichen Verhältnissen und bei kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB zusätzlich die Aussagen zur wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft. Daneben werden auch wesentliche Positionen in der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie Aussagen im Anhang und Lagebericht auf Plausibilität geprüft.

Bei den Prüfungen haben sich keine wesentlichen Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Stadt die maßgeblichen gemeinderechtlichen Vorschriften nicht beachtet hat.

Im Rahmen der Prüfungen sind keine Tatsachen bekannt geworden, dass die Stadt die Einhaltung der für die Unternehmen, die sie führt oder an denen sie beteiligt ist, maßgeblichen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen nicht in geeigneter Form überwacht hat.

Die Auswertung des von der Stadt gemäß § 116a NGO zu erstellenden Beteiligungsberichts auf die Einhaltung der Berichtspflichten hat keine Anhaltspunkte für wesentliche Beanstandungen ergeben.

Die Auswertungen der Vorlagen an den FWM und PGI und Verwaltungsausschuss sowie der vorliegenden Protokolle über die Aufsichtsratssitzungen hat ergeben, dass die von der Stadt in die Unternehmen entsandten Vertreterinnen und Vertreter ihre Tätigkeiten entsprechend den gesetzlichen Regelungen und gesellschaftsvertraglichen Vereinbarungen wahrgenommen haben.

Die Beschlussverfahren über die Wirtschaftspläne und die Auftragsverfahren zur Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte der Gesellschaften haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Das gleiche gilt für die Verfahren zur Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften und die Entlastung der Geschäftsführungen und Aufsichtsräte.

Die im Rahmen der Buchprüfung durchgeführte generelle Auswertung der Berichte der externen Abschlussprüfer über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 und des Lageberichts 2007 der im Berichtsjahr geprüften Gesellschaften hat keine Tatbestände für wesentliche Beanstandungen ergeben.

Entsprechend der seit dem 01.01.2005 geltenden Rechtslage obliegen dem RPA unter den Voraussetzungen des § 124 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 i. V. m. § 123 Satz 1 NGO grundsätzlich auch die Prüfungen der Jahresabschlüsse und der Lageberichte der sogenannten kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB, an denen die Stadt mehrheitlich beteiligt ist. Es kann Kraft seines Ermessens mit der Durchführung der Prüfung auch einen Dritten beauftragen oder zulassen, dass die Beauftragung in seinem Einvernehmen unmittelbar durch die Gesellschaft erfolgt. Von Letzterem hat das RPA Gebrauch gemacht.

Die Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte 2007 der kleinen Kapitalgesellschaften jeweils einschließlich Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie der wirtschaftlichen Verhältnisse und wirtschaftlichen Führung der Gesellschaften (§ 25 Abs. 1 Satz 2 EigBetrVO i.V.m. §§ 123, 124 Abs. 1 Satz 1 NGO) hat seitens der externen Abschlussprüfer zu keinen Einwendungen geführt. Sie haben grundsätzlich uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt.

Die Prüfung der Beschlussverfahren über die Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften und über die Entlastung der Geschäftsführungen und Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte gab ebenfalls keinen Anlass zu Beanstandungen.

Die Vorschriften zur Bekanntmachung der Ergebnisse der Prüfung und zur öffentlichen Auslegung der Jahresabschlüsse und Lageberichte der kleinen Kapitalgesellschaften wurden für die Tochtergesellschaften der Stadt beachtet (§ 31 Satz 1 und Satz 3 i. V. m. § 32 Satz 1 EigBetrVO und §§ 123, 124 Abs. 1 Satz 1 NGO).

3. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung sowie des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt.

Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Dazu hat das Rechnungsprüfungsamt die Buchführung, die Inventur, das Inventar, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007, bestehend aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen sowie dem Anhang und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 (Anlagen 6.1.1 bis 6.1.3) der Stadt in der Fassung vom 02.12.2010 geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der NGO bzw. der GemHKVO aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

3.2 Art und Umfang der Prüfung

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung nach §§ 119 Abs. 1 Nr. 1 und 120 NGO und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat das Rechnungsprüfungsamt eine am Risiko der Stadt ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage von Auskünften der Verwaltungsleitung und erster analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes, risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben im Jahresabschluss und des Rechenschaftsberichts ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen des Oberbürgermeisters sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Rechenschaftsberichts waren die Vollständigkeit und die Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnisse beurteilt worden, ob sie insgesamt eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wiedergeben und mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend darstellen.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl und/oder auf mathematisch-statistischen Verfahren.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse
- Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte
- Infrastrukturvermögen
- Sondervermögen mit Sonderrechnung
- Ausleihungen
- Öffentlich-rechtliche Forderungen
- Sonderposten
- Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen
- Steuern und ähnliche Abgaben
- Zuwendungen und allgemeine Umlagen
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen
- Aufwendungen für aktives Personal
- Transferaufwendungen
- Sonstige ordentliche Aufwendungen

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (und Sachverständigen) wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt bzw. folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet:

- Das Rechnungsprüfungsamt hat sich davon überzeugt, dass die festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände auf der Grundlage der vom Innenministerium verbindlich vorgeschriebenen Abschreibungstabelle angewandt werden.
- Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich das Rechnungsprüfungsamt in Stichproben überzeugt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach den Kriterien Höhe und Einstellungszeitpunkt. Mangels Unterlagen zur Altersstruktur der Forderungen konnte jedoch keine entsprechende Analyse zur Werthaltigkeit erstellt und geprüft werden.
- Bankbestätigungen von Kreditinstituten wurden eingeholt.
- Bestätigungen des Rechtsamtes über schwebende Rechtsstreitigkeiten hat das Rechnungsprüfungsamt ebenfalls erhalten.
- Die Rückstellungen wurden insbesondere durch Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Verwaltungsleitung auf Vollständigkeit untersucht. Die zutreffende Ermittlung der Rückstellungshöhe wurde durch eine stichprobenhafte Prüfung der Berechnungen und eine kritische Beurteilung der vorgenommenen Schätzungen geprüft.
- Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen lag dem Rechnungsprüfungsamt ein versicherungsmathematisches Gutachten der Versorgungskasse Oldenburg vor. Auf Grund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der Beurteilung von Art und Umfang seiner Tätigkeit hat sich das Rechnungsprüfungsamt bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt.

Das Rechnungsprüfungsamt ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

Ausgangspunkt der Prüfung war die vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Wilhelmshaven geprüfte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 nebst Anhang.

Das Rechnungsprüfungsamt hat gemäß § 120 Abs. 1 NGO den Jahresabschluss mit allen Unterlagen dahin geprüft, ob der Haushaltsplan eingehalten ist, ob die einzelnen Buchungsvorgänge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind, ob bei den Erträgen und Aufwendungen sowie den Einzahlungen und Auszahlungen des gemeindlichen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist und ob das Vermögen richtig nachgewiesen ist. Dabei hat das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 120 Abs. 1 S. 3 NGO die Prüfung gegebenenfalls nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden durch die Verwaltung erteilt. Der Oberbürgermeister hat die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts am 22. Juli 2011 schriftlich bestätigt.

4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des verbindlichen Kontenrahmens in Niedersachsen (Stand: 17.08.2009) erstellte und im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungstoffes.

Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und im Wesentlichen zeitgerecht erfasst. Die Buchungen wurden ordnungsgemäß angewiesen, grundsätzlich ausreichend erläutert und die Belege übersichtlich abgelegt. Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und von der Stadt aufgestellt.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet grundsätzlich eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, der Nettopositionen, der Schulden, der Rückstellungen und der Rechnungsabgrenzungsposten sind bis auf die folgenden Ausnahmen erbracht:

- Für die sonstigen unbebauten Grundstücke konnte zum Bilanzstichtag kein Nachweis über die Zusammensetzung des Wertes vom zuständigen Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGG) erbracht werden. Es wurde trotz Vorliegen eines Verzeichnisses zum 01.01.2007 keine Dokumentation der Entwicklung des Bestandes vorgenommen, so dass die Position nicht geprüft werden konnte. Die Position konnte auch nicht anhand des Sachkontos nachvollzogen werden, bei der Durchsicht wurden noch zusätzliche Fehler festgestellt.
- Der Infrastrukturwert der Straßen, Wege und Plätze sowie der Wert der Brücken, Tunnel und ähnlichen Bauwerke konnte nicht hinreichend nachgewiesen werden, da der zuständige Eigenbetrieb Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW), vormals Straße und Grün Wilhelmshaven (SGW), die zugrunde liegenden Werte nicht hinreichend erläutern konnte. Eine abschließende Beurteilung dieser Teilbereiche ist daher nicht möglich. Inzwischen hat der Eigenbetrieb TBW Maßnahmen zur Korrektur der Wertermittlung getroffen. Nach Vorlage der Ergebnisse ist mit einer Änderung der Eröffnungsbilanz zu rechnen.

Bei der Prüfung wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Stadt getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung des Rechnungsprüfungsamts den gesetzlichen Vorschriften. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen grundsätzlich zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht.

Die Verarbeitung der Buchhaltung erfolgt per EDV. In der Finanzbuchhaltung wird die Software ProFiskal P3 NPLUS der Firma Dogro/Agresso eingesetzt. Die buchhalterische Erfassung und Kontierung des Bankverkehrs erfolgt zentral durch die Stadtkasse der Stadt Wilhelmshaven, die auch das Cash-Management regelt. Infolge von Programm- und Anwenderfehlern wurden Zahlungsein- und -ausgänge nicht durchgängig periodengerecht zugeordnet, woraus auch eine fehlerhafte Finanzrechnung resultiert. Diese Sachverhalte führten im Bereich der Bankbestände zu wesentlichen Abweichungen. Die Kämmererei hat zur Sicherstellung der korrekten Bilanzausweise Anpassungsbuchungen vorgenommen. Aufgrund unserer Prüfung stellen wir die Richtigkeit des Bilanzausweises fest.

Eine Softwarebescheinigung zur Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit und Sicherheit für die eingesetzte rechnungslegungsbezogene Software liegt nicht vor. Eine Freigabe der Software gem. § 35 Abs. 5 GemHKVO ist nicht erfolgt.

Dem RPA obliegt gemäß § 119 Abs. 1 NGO u. a. die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses und die dauernde Überwachung der Kassen sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen, unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht nach § 98 Abs. 5 NGO.

Gemäß § 40 Abs. 7 GemHKVO ist die Zahlungsabwicklung mindestens einmal jährlich unvermutet durch das RPA zu prüfen.

Neben der Prüfung der Stadtkasse sind weitere Prüfungen bei den insgesamt 31 Nebenkassen (19 Zahlstellen, 12 Handvorschüsse) durchzuführen.

Die erforderlichen Prüfungen durch das RPA haben im Jahr 2007 stattgefunden. Das RPA hat über jede der von ihm durchgeführten Kassenprüfungen Berichte sowie Niederschriften gefertigt, die den jeweils zuständigen Fachbereichen zugeleitet werden.

Bei den Nebenkassen ist auch geprüft worden, ob die neben den Bestimmungen der GemHKVO geltenden Regelungen der jeweiligen Dienstanweisungen (u. a. Kassenbuchführung, Abrechnungsmodalitäten, Kassensicherheit, Fachaufsicht) beachtet wurden. Anzumerken ist jedoch, dass bislang keine Dienstanweisung gem. § 41 GemHKVO bezüglich der Sicherheitsstandards vorhanden ist. Es besteht lediglich eine Dienstanweisung nach kameralen Vorschriften gem. GemHVO.

Beanstandungen von erheblicher Bedeutung haben sich bei den Prüfungen der Stadtkasse und der Nebenkassen nicht ergeben. Für 2007 wird daher die ordnungsgemäße Führung der Kassengeschäfte bestätigt.

4.1.2 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden, die Rückstellungen sowie die Nettopositionen und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden grundsätzlich nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen nach vernünftiger Beurteilung in notwendigem Maße gebildet.

Der Anhang enthält gem. § 55 GemHKVO die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Das Rechnungsprüfungsamt kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 bis auf die Finanzrechnung grundsätzlich ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Wir weisen darauf hin, dass der Jahresabschluss nach § 101 Abs. 1 NGO nicht fristgemäß bis zum 31. Dezember des Folgejahres beschlossen werden konnte.

4.1.3 Rechenschaftsbericht

Aufgrund des Umfangs wird auf den Jahresabschlussbericht der Kämmerei verwiesen.

Der Rechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Ansatz den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht grundsätzlich

- mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht;
- insgesamt eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wiedergibt;
- mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend darstellt;
- weitere nach § 57 GemHKVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Auf unseres Erachtens noch weitere erforderliche Angaben zur finanzwirtschaftlichen Lage sowie zu möglichen finanzwirtschaftlichen Risiken haben wir in den Punkten 2.1.1.1 und 2.1.1.2 hingewiesen.

Die Prüfung gem. § 120 Abs. 1 NGO, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten ist,
2. die einzelnen Buchungsvorgänge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
3. bei den Erträgen und Aufwendungen sowie den Einzahlungen und Auszahlungen des städtischen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist,
4. das Vermögen richtig nachgewiesen ist,

hat unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 120 Abs. 1 S. 3 NGO die Prüfung gegebenenfalls nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet hat, abgesehen von den im Schlussbericht enthaltenen Feststellungen (s. o.) zu keinen weiteren Einwendungen geführt.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss stellt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage mit Ausnahme der im Punkt 4.1.1 "Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen" genannten Einschränkungen (kein Nachweis über die Zusammensetzung der sonstigen unbebauten Grundstücke, unzureichende Nachweise und Auskünfte der Infrastrukturwerte der Straßen, Wege, Plätze etc. sowie für den Wert der Brücken, Tunnel und ähnlichen Bauwerke, Abweichungen der liquiden Mittel aufgrund von Fehlern in der Finanzsoftware) dar. Aus diesen Gründen wird der Bestätigungsvermerk eingeschränkt.

4.2.2 Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen

Es wird auf die Angaben im Anhang im Jahresabschlussbericht der Stadt sowie auf die Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses in der Anlage 6.2.2 verwiesen.

4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen

Von Aufgliederungen und Erläuterungen wurde an dieser Stelle abgesehen, da sie nicht zum Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses erforderlich sind.

Das Rechnungsprüfungsamt verweist auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in den Anlagen unter Punkt "6.2.1 Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage" sowie unter Punkt "6.2.2 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung".

5. PRÜFUNGSVERMERK

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Jahresabschluss der Stadt - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Rechenschaftsbericht - für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur und das Inventar einbezogen. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gemeinderechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt. Die Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach §§ 119, 120 NGO vorgenommen. Die Prüfung ist so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage im Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

Die Prüfung hat zu folgenden wesentlichen Beanstandungen gegen abgrenzbare Teile geführt:

- Für die sonstigen unbebauten Grundstücke konnte zum Bilanzstichtag kein Nachweis über die Zusammensetzung des Wertes erbracht werden, so dass die Position nicht geprüft werden konnte.
- Die Nachweise und Auskünfte für den Infrastrukturwert der Straßen, Wege, Plätze etc. sowie für den Wert der Brücken, Tunnel und ähnlichen Bauwerke der Position Infrastrukturvermögen sind als Folge der Eröffnungsbilanz nach wie vor als unzureichend anzusehen, so dass diese Unterpositionen nicht mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden können.
- Aufgrund von Fehlern in der Finanzsoftware konnten die liquiden Mittel nur über Anpassungsbuchungen in der richtigen Höhe ausgewiesen werden. Daher besteht das Risiko, dass diese mit den fehlenden Bankbewegungen zusammenhängenden Geschäftsvorfälle nicht richtig in der Bilanz und der Ergebnisrechnung abgebildet werden. Die Finanzrechnung ist daher ebenfalls fehlerhaft.

Für weitere Erläuterungen wird auf die Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung, Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen (Punkt 4.1.1) verwiesen.

Nach der Beurteilung des Rechnungsprüfungsamts aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss im Wesentlichen den gesetzlichen Vorschriften. Die Einschränkungen sind in Ihrer Tragweite erkennbar, so dass der Jahresabschluss im Wesentlichen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt darstellt.

Der Rechenschaftsbericht gibt im Wesentlichen eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wieder und stellt mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend dar.

Die Prüfung gemäß § 120 Abs. 1 NGO auf Einhaltung des Haushaltsplans, Begründung und Belegung der Buchungsvorgänge, Einhaltung bestehender Gesetze und Vorschriften, Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit sowie Nachweis des Vermögens hat unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Rechnungsprüfungsamt die Prüfung gegebenenfalls nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet hat, abgesehen von den im Schlussbericht enthaltenen Feststellungen (s. o.) zu keinen weiteren Einwendungen geführt.

Wilhelmshaven, den 22. Juli 2011

Stadt Wilhelmshaven, Rechnungsprüfungsamt

Udo Weiß
Leiter Rechnungsprüfungsamt
Dipl.-Verwaltungswirt (FH)

Bernd Broszeit
Prüfungsleiter
Dipl.-Kaufmann (FH)

6. ANLAGEN ZUM SCHLUSSBERICHT

6.1 Bestandteile

6.1.1 Bilanz zum 31. Dezember 2007

6.1.2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

6.1.3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

6.2 Freiwillige Anlagen zum Schlussbericht

6.2.1 Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

6.2.2 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung

Bilanz zum 31. Dezember 2007

AKTIVA				PASSIVA	
	31.12.2007 EUR	31.12.2006 EUR		31.12.2007 EUR	31.12.2006 EUR
1. Immaterielles Vermögen			1. Nettoposition		
1.1 Lizenzen	16.577,00	747,00	1.1 Basis-Reinvermögen		
1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	44.354.332,00	44.643.688,60	1.1.1 Reinvermögen	61.080.819,49	72.577.050,70
1.3 Aktivierter Umstellungsaufwand	<u>665.774,00</u>	<u>713.328,80</u>	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	-9.383.467,12	-9.383.467,12
2. Sachvermögen			1.2 Rücklagen		
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			1.2.1 Zweckgebundene Rücklagen	221.287,12	221.287,12
2.1.1 Grünflächen	10.426.372,00	10.426.372,00	1.3 Jahresergebnis		
2.1.2 Sonstige unbebaute Grundstücke	15.562.775,63	14.026.946,00	1.3.1 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	19.236.553,11	0,00
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			1.4 Sonderposten		
2.2.1 Grundstücke mit Schulen	65.775,00	0,00	1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	89.499.233,22	87.524.024,93
2.2.2 Grundstücke mit Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen	9.251,00	0,00	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	9.991.011,60	10.779.342,73
2.3 Infrastrukturvermögen			1.4.3 Gebührenaussgleich	1.208.976,43	417.903,94
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	6.097.532,00	6.097.532,00	1.4.4 erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	<u>139.342,89</u>	<u>0,00</u>
2.3.2 Brücken und Tunnel	9.866.340,00	10.031.313,28	171.993.756,74162.136.142,30
2.3.3 Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	31.341.379,32	35.095.456,47	2. Schulden		
2.3.4 Friedhofsflächen und -anlagen	2.446.528,00	2.446.528,00	2.1 Geldschulden		
2.4 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	1.321.117,00	1.321.117,00	2.1.1 Liquiditätskredite	8.234.000,00	20.744.000,00
2.5 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1.368.857,38	1.535.831,51	2.1.2 Sonstige Geldschulden	3.854.260,23	7.396.824,28
2.6 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	3.749.547,34	3.353.060,97	2.2 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.652.915,15	1.222.949,41
2.7 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	1.531.961,07	895.328,93	2.3 Transferverbindlichkeiten		
2.8 Vorräte	<u>15.000,00</u>	<u>15.000,00</u>	2.3.1 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	170.380,49	56.856,48
	83.802.435,74	85.244.486,16	2.3.2 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	-200,00	18.008,31
3. Finanzvermögen			2.3.3 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	365.759,16	2.387.756,78
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	731.229,69	718.703,04	2.3.4 Steuerverbindlichkeiten	4,09	0,00
3.2 Beteiligungen	1.834.296,68	1.714.296,68	2.4 Sonstige Verbindlichkeiten		
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	111.965.444,69	135.217.042,51	2.4.1 Durchlaufende Posten		
3.4 Ausleihungen	49.446.070,39	51.053.950,47	2.4.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	56.795,56	14.539,70
3.5 Öffentlich-rechtliche Forderungen	15.207.704,09	2.490.090,89	2.4.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	279.672,05	258.653,90
3.6 Forderungen aus Transferleistungen	1.448.932,97	1.062.058,57	2.4.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	831.332,53	77.200,08
3.7 Sonstige privatrechtliche Forderungen	1.821.570,37	503.435,89	2.4.2 Abzuführende Gewerbesteuer	793.384,00	4.334.186,00
3.8 Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.001.778,42</u>	<u>0,00</u>	2.4.3 Andere sonstige Verbindlichkeiten	<u>61.275,00</u>	<u>21.894,24</u>
	183.457.027,30	192.759.578,05	17.299.578,2636.532.869,18
4. Liquide Mittel	3.557.546,50	468.766,78	3.		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	<u>2.440.996,00</u>	<u>957.747,48</u>	3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	116.218.900,00	114.322.188,00
	318.294.688,54	324.788.342,87	3.2 Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen	6.831.513,28	6.509.629,51
			3.3 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	205.000,00	205.000,00
			3.4 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	20.721,82	0,00
			3.5 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	3.947.059,35	3.877.003,48
			3.6 Andere Rückstellungen	<u>1.778.159,09</u>	<u>1.205.510,40</u>
			129.001.353,54126.119.331,39
	<u>318.294.688,54</u>	<u>324.788.342,87</u>		<u>318.294.688,54</u>	<u>324.788.342,87</u>

Ergebnisrechnung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des	Ergebnis des	Ansätze des	mehr (+) weniger	aus Spalte 5
	Vorjahres	Haushaltsjahres	Haushaltsjahres	(-)	bisher nicht
1	EUR	EUR	EUR	EUR	/außerplan-
	2	3	4	5	mäßige Auf-
					wendungen
					6
ordentliche Erträge					
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	82.844.802,47	64.294.200,00	18.550.602,47
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	55.682.149,82	54.693.400,00	988.749,82
3	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	5.861.831,26	6.235.600,00	-373.768,74
4	+ Sonstige Transfererträge	0,00	4.220.134,16	4.506.100,00	-285.965,84
5	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	7.018.318,39	7.437.500,00	-419.181,61
6	+ Privatrechtliche Entgelte	0,00	398.013,21	605.900,00	-207.886,79
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	31.967.800,85	31.194.300,00	773.500,85
8	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	10.125.518,71	8.586.700,00	1.538.818,71
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	71.700,00	-71.700,00
10	+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	3.224.031,93	3.127.700,00	96.331,93
12	= Summe ordentliche Erträge	0,00	201.342.600,80	180.753.100,00	20.589.500,80
ordentliche Aufwendungen					
13	- Aufwendungen für aktives Personal	0,00	-38.968.458,17	-37.733.400,00	-1.235.058,17
14	- Aufwendungen für Versorgung	0,00	-1.099.300,08	0,00	-1.099.300,08
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	-12.021.090,37	-14.788.804,71	2.767.714,34
16	- Abschreibungen	0,00	-11.582.188,29	-6.340.200,00	-5.241.988,29
17	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-1.780.078,66	-764.000,00	-1.016.078,66
18	- Transferaufwendungen	0,00	-58.300.230,54	-87.046.429,29	28.746.198,75
19	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	-58.847.386,04	-38.064.000,00	-20.783.386,04
20	= Summe ordentliche Aufwendungen	0,00	-182.598.732,15	-184.736.834,00	2.138.101,85
21	= Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss(+) / - fehlbetrag(-)	0,00	18.743.868,65	-3.983.734,00	22.727.602,65
22	+ Außerordentliche Erträge	0,00	1.736.330,37	0,00	1.736.330,37
23	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	-1.243.645,91	0,00	-1.243.645,91
24	= Außerordentliches Ergebnis	0,00	492.684,46	0,00	492.684,46
25	= Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	0,00	19.236.553,11	-3.983.734,00	23.220.287,11

Finanzrechnung

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des	Ergebnis des	Ansätze des	mehr (+) weniger	aus Spalte 5
	Vorjahres	Haushaltsjahres	Haushaltsjahres	(-)	bisher nicht
1	EUR	EUR	EUR	EUR	bewilligte über- / außerplan- mäßige
	2	3	4	5	Auszahlungen
					EUR
					6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
1 + Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	72.497.642,24	64.294.200,00	8.203.442,24	
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	56.240.475,87	54.693.400,00	1.547.075,87	
3 + Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	4.650.484,91	4.506.100,00	144.384,91	
4 + Öffentlich-rechtliche Entgelte	0,00	6.797.266,89	7.437.500,00	-640.233,11	
5 + Privatrechtliche Entgelte	0,00	452.756,72	605.900,00	-153.143,28	
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	32.313.531,68	31.194.300,00	1.119.231,68	
7 + Zinsen und ähnliche Einzahlungen	0,00	8.597.383,08	8.586.700,00	10.683,08	
8 + Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	<u>0,00</u>	<u>2.981.481,99</u>	<u>3.127.700,00</u>	<u>-146.218,01</u>	
9 = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>0,00</u>	<u>184.531.023,38</u>	<u>174.445.800,00</u>	<u>10.085.223,38</u>	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
10 - Auszahlungen für aktives Personal	0,00	-38.590.555,72	-37.733.400,00	-857.155,72	
11 - Auszahlungen für Versorgung	0,00	-614.925,50	0,00	-614.925,50	
12 - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	-11.891.357,80	-14.788.804,71	2.897.446,91	
13 - Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	-980.308,44	-764.000,00	-216.308,44	
14 - Transferauszahlungen	0,00	-66.079.782,77	-89.244.159,29	23.164.376,52	
15 - Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	<u>0,00</u>	<u>-61.075.330,55</u>	<u>-38.064.000,00</u>	<u>-23.011.330,55</u>	
16 = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>0,00</u>	<u>-179.232.260,78</u>	<u>-180.594.364,00</u>	<u>1.362.103,22</u>	
17 = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>0,00</u>	<u>5.298.762,60</u>	<u>-6.148.564,00</u>	<u>11.447.326,60</u>	
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
18 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	7.247.129,61	8.160.200,00	-913.070,39	
19 + Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	-30.234,49	581.000,00	-611.234,49	
20 + Veräußerung von Sachvermögen	0,00	1.121.198,43	2.000.000,00	-878.801,57	
21 + Sonstige Investitionstätigkeit	<u>0,00</u>	<u>1.405.921,32</u>	<u>104.200,00</u>	<u>1.301.721,32</u>	
22 = Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	<u>0,00</u>	<u>9.744.014,87</u>	<u>10.845.400,00</u>	<u>-1.101.385,13</u>	
Auszahlungen für Investitionstätigkeit					
23 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	-2.162.072,36	-4.394.000,00	2.231.927,64	
24 - Baumaßnahmen	0,00	-806.780,89	-7.000.620,00	6.193.839,11	
25 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0,00	-1.225.638,37	-3.052.883,00	1.827.244,63	

26	-	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	-27.526,65	-157.600,00	130.073,35
27	-	Aktivierbare Zuwendungen	<u>0,00</u>	<u>-2.251.087,96</u>	<u>-4.394.800,00</u>	<u>2.143.712,04</u>
28	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	<u>0,00</u>	<u>-6.473.106,23</u>	<u>-18.999.903,00</u>	<u>12.526.796,77</u>
29	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	<u>0,00</u>	<u>3.270.908,64</u>	<u>-8.154.503,00</u>	<u>11.425.411,64</u>
30	=	Finanzmittelfehlbetrag	<u>0,00</u>	<u>8.569.671,24</u>	<u>-14.303.067,00</u>	<u>22.872.738,24</u>
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierung-stätigkeit						
31	+	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	1.230.800,00	-1.230.800,00
32	-	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	<u>0,00</u>	<u>-21,44</u>	<u>0,00</u>	<u>-21,44</u>
33	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	<u>0,00</u>	<u>-21,44</u>	<u>1.230.800,00</u>	<u>-1.230.821,44</u>
34	=	Finanzmittelbestand	<u>0,00</u>	<u>8.569.649,80</u>	<u>-13.072.267,00</u>	<u>21.641.916,80</u>
35	+	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	0,00	340.428.799,94	0,00	340.428.799,94
36	-	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	<u>0,00</u>	<u>-334.241.131,70</u>	<u>0,00</u>	<u>-334.241.131,70</u>
37	=	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	<u>0,00</u>	<u>6.187.668,24</u>	<u>0,00</u>	<u>6.187.668,24</u>
38	=	Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)	<u>0,00</u>	<u>14.757.318,04</u>	<u>-13.072.267,00</u>	<u>27.829.585,04</u>

6.2.1 Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Schulden, Ertrags- und Finanzlage**Vermögensstruktur**

	2007		2006		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	45.037	14	45.358	14	-321
Sachvermögen	82.255	26	84.334	26	-2.079
Finanzvermögen	<u>163.977</u>	<u>52</u>	<u>188.704</u>	<u>58</u>	<u>-24.727</u>
Langfristig gebundenes Vermögen	<u>291.269</u>	<u>92</u>	<u>318.396</u>	<u>98</u>	<u>-27.127</u>
Vorräte	15	0	15	0	0
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	1.532	0	895	0	637
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	16.657	5	3.552	1	13.105
Privatrechtliche Forderungen	1.822	1	503	0	1.319
Sonstige Vermögensgegenstände	1.002	0	0	0	1.002
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>2.441</u>	<u>1</u>	<u>958</u>	<u>0</u>	<u>1.483</u>
Kurzfristig gebundenes Vermögen	<u>23.469</u>	<u>7</u>	<u>5.923</u>	<u>1</u>	<u>17.546</u>
Liquide Mittel	<u>3.558</u>	<u>1</u>	<u>469</u>	<u>0</u>	<u>3.089</u>
	<u>318.296</u>	<u>100</u>	<u>324.788</u>	<u>99</u>	<u>-6.492</u>

Kapitalstruktur

	2007		2006		+/- TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Basis-Reinvermögen	51.697	16	63.194	19	-11.497
Rücklagen	221	0	221	0	0
Jahresergebnis	<u>19.237</u>	<u>6</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>19.237</u>
Nettoposition	<u>71.155</u>	<u>22</u>	<u>63.415</u>	<u>19</u>	<u>7.740</u>
Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse	89.499	28	87.524	27	1.975
Sonderposten für Beiträge und ähnliche Entgelte	9.991	3	10.779	3	-788
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	1.209	0	418	0	791
Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	139	0	0	0	139
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	116.219	37	114.322	35	1.897
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	6.832	2	6.510	2	322
Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	<u>205</u>	<u>0</u>	<u>205</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Langfristiges Fremdkapital	<u>224.094</u>	<u>70</u>	<u>219.758</u>	<u>67</u>	<u>4.336</u>
Sonstige Geldschulden	3.854	1	7.397	2	-3.543
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.653	1	1.223	0	1.430
Transferverbindlichkeiten	536	0	2.463	1	-1.927
Liquiditätskredite	8.234	3	20.744	6	-12.510
Übrige Verbindlichkeiten und RAP	2.022	1	4.706	1	-2.684
Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	21	0	0	0	21
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	3.947	1	3.877	1	70
Andere Rückstellungen	<u>1.778</u>	<u>1</u>	<u>1.206</u>	<u>0</u>	<u>572</u>
Kurzfristiges Fremdkapital	<u>23.045</u>	<u>8</u>	<u>41.616</u>	<u>11</u>	<u>-18.571</u>
	<u>318.294</u>	<u>100</u>	<u>324.789</u>	<u>97</u>	<u>-6.495</u>

Kennzahlen Vermögens- und Finanzlage

	<u>2007</u>	<u>2006</u>
Vermögenslage		
Anlagenintensität	91,5	98,0
Finanzlage		
Nettopositionsquote I (ohne Berücksichtigung der Sonderposten)	22,4	19,5
Nettopositionsquote II (mit Berücksichtigung der Sonderposten)	54,0	49,9
Anlagendeckung	100,8	88,7
kurzfristige Verbindlichkeitsquote	5,4	11,2

Die Kennzahl Anlagenintensität stellt das Verhältnis der langfristigen Aktiva zur Bilanzsumme dar. Es wird deutlich, dass eine kommunale Bilanz grundsätzlich dadurch geprägt ist, dass der wesentliche Anteil der Bilanzsumme aus Anlagevermögen besteht.

Mit einer Nettopositionsquote von 22,4 % zum 31.12.2007 ist die Stadt Wilhelmshaven mittelfristig betrachtet mit einem als ausreichend zu bezeichnenden Eigenkapital ausgestattet.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Sonderposten, die bei zweckenstprechender Verwendung eigenkapitalähnlichen Charakter haben, errechnet sich die sogenannte Nettopositionsquote II, die zum Bilanzstichtag 54,0 % beträgt.

Die Kennzahl Anlagendeckung wird aus dem Verhältnis der Nettoposition und dem langfristigen Fremdkapital zu den langfristigen Aktiva ermittelt und beschreibt, in welchem Umfang die langfristigen Aktiva fristenkongruent durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital finanziert wurden. Ein Wert von 100% ist anzustreben.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten stellen mit 5,4 % lediglich einen untergeordneten Anteil am Gesamtkapital dar.

Ertragslage

	2007		2006		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Steuern und ähnliche Abgaben	82.845	41	0	0	82.845	0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	55.682	28	0	0	55.682	0
Auflösungserträge aus Sonderposten	5.862	3	0	0	5.862	0
Sonstige Transfererträge	4.220	2	0	0	4.220	0
Öffentlich-rechtliche Entgelte	7.018	3	0	0	7.018	0
Privatrechtliche Entgelte	398	0	0	0	398	0
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	31.968	16	0	0	31.968	0
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	10.126	5	0	0	10.126	0
Sonstige ordentliche Erträge	<u>3.224</u>	<u>2</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>3.224</u>	<u>0</u>
Ordentliche Erträge	<u>201.343</u>	<u>100</u>	<u>0</u>	<u>100</u>	<u>201.343</u>	<u>0</u>
Aufwendungen für aktives Personal	-38.968	-19	0	0	-38.968	0
Aufwendungen für Versorgung	-1.099	-1	0	0	-1.099	0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.021	-6	0	0	-12.021	0
Abschreibungen	-11.582	-6	0	0	-11.582	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.780	-1	0	0	-1.780	0
Transferaufwendungen	-58.300	-29	0	0	-58.300	0
Sonstige ordentliche Aufwendungen	<u>-58.847</u>	<u>-29</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-58.847</u>	<u>0</u>
Ordentliche Aufwendungen	<u>-182.597</u>	<u>-91</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-182.597</u>	<u>0</u>
Außergewöhnliche Erträge	<u>1.736</u>	<u>1</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>1.736</u>	<u>0</u>
Außergewöhnliche Aufwendungen	<u>-1.244</u>	<u>-1</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-1.244</u>	<u>0</u>
Außerordentliches Ergebnis	492	0	0	0	492	<u>0</u>
Jahresergebnis	<u>19.238</u>	<u>9</u>	<u>0</u>	<u>100</u>	<u>19.238</u>	<u>0</u>

Kennzahlen Ertragslage

	<u>2007</u>	<u>2006</u>
Ertragslage		
Eigenkapitalreichweite	3,70	0,00
Personalintensität I	21,3	0,0
Sach- und Dienstleistungsintensität	6,6	0,0
Zinsaufwandsquote	1,0	0,0
Ordentliche Ergebnisquote	97,4	0,0

Die Eigenkapitalreichweite wird aus dem Verhältnis des Basis-Reinvermögens zuzüglich der Rücklagen zum Jahresergebnis ermittelt.

Die Personalintensität gibt den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen an. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad an Ausgliederungen in der Kommune zu beachten.

Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Die Zinsaufwandsquote verdeutlicht, in welchem Umfang sich die vorhandenen Kredite auf die aktuelle Haushaltssituation der Stadt auswirken. Eine hohe Zinsaufwandsquote engt den finanziellen Spielraum der Kommune ein.

Die ordentliche Ergebnisquote zeigt an, inwiefern das Jahresergebnis auf den außerordentlichen Bereich zurückzuführen ist.

1. Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung zum 31. Dezember 2007

AKTIVSEITE

	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
1.1 Lizenzen	16.577,00	747,00
	<hr/>	<hr/>

Ausgewiesen werden Lizenzen für Software im Eigentum der Kernverwaltung. Die Erhöhung betrifft Zugänge im Haushaltsjahr.

	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	44.354.332,00	44.643.688,60
	<hr/>	<hr/>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2007	44.643.688,60
Zugänge	<u>2.474.425,28</u>
Abschreibungen	<u>-2.763.781,88</u>
Stand am 31.12.2007	<hr/> 44.354.332,00 <hr/>

In den Zugängen des Jahres 2007 waren zunächst ein Beteiligungsanteil sowie ein Korrekturposten enthalten, es wurden EUR -220.047,87 korrigiert. Auch ergab sich eine Abweichung der Berechnung der Abschreibungen für die Jahre bis 2006 gegenüber dem bisherigen Verfahren, was eine Korrektur von EUR +123.427,87 zur Folge hatte.

	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
1.3 Aktivierter Umstellungsaufwand	665.774,00	713.328,80

Die hier ausgewiesenen Aufwendungen für die Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens auf das NKR der Jahre 2004 bis 2006 verringerten sich um die planmäßige Abschreibung.

	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	25.989.147,63	24.453.318,00

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
Grünflächen	10.426.372,00	10.426.372,00
Sonstige unbebaute Grundstücke	<u>15.562.775,63</u>	<u>14.026.946,00</u>
	<u>25.989.147,63</u>	<u>24.453.318,00</u>

Der Bestand der Grünflächen hat sich gegenüber dem 1.1.2007 nicht verändert. Die Erhöhung der sonstigen unbebauten Grundstücke konnte nicht nachvollzogen werden, da es weder eine wertbegründende Dokumentation des Bestands zum 31.12.2007 noch der Zu- und Abgänge des Haushaltsjahres 2007 gibt. Auch die Prüfung der Buchungen auf dem Bestandskonto führte zu keinem Ergebnis, vielmehr wurden dort noch Fehler festgestellt, z. B. die Erfassung von Buchgewinnen aus der Veräußerung von Grundstücken.

	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	75.026,00	0,00

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Zugänge (Container, Laufbahn, Spielgeräte)	<u>75.351,55</u>
Abschreibungen	<u>-325,55</u>
Stand am 31.12.2007	<u>75.026,00</u>

	<u>31.12.2007</u>	<u>Vorjahr</u>
	EUR	EUR
2.3 Infrastrukturvermögen	49.751.779,32	53.670.829,75

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2007</u>	<u>Vorjahr</u>
	EUR	EUR
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	6.097.532,00	6.097.532,00
Brücken und Tunnel	9.866.340,00	10.031.313,28
Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	31.341.379,32	35.095.456,47
Friedhofsflächen und -anlagen	<u>2.446.528,00</u>	<u>2.446.528,00</u>
	<u>49.751.779,32</u>	<u>53.670.829,75</u>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2007		53.670.829,75
Umbuchungen (Doppelerfassungen Straßen)	-337.822,80	
Abschreibungen	<u>-3.581.227,63</u>	<u>-3.919.050,43</u>
Stand am 31.12.2007		<u>49.751.779,32</u>

Während es beim Grund und Boden des Infrastrukturvermögens sowie bei den Friedhofsflächen und -anlagen keine Veränderungen gab, reduzierte sich der Bestand der Brücken und Tunnel sowie der Verkehrslenkungsanlagen um die planmäßigen Abschreibungen. Nach wie vor liegen für die meisten Brücken keine wertbegründenden Unterlagen vor. Auch bei den Straßen, Wegen und Plätzen besteht ebenfalls noch das Problem der nicht nachvollziehbaren Grunddaten, auf denen die Ermittlung des Gesamtbestandes beruht. Von der Kämmerei wurden Doppelerfassungen in Höhe von TEUR 338 entdeckt und berichtigt. Es wurde aber von dem bisherigen Abschreibungsverfahren für die Jahre bis 2006 abgewichen, in dem Straßenabschnitte mit gleichem Baujahr nicht mehr einzeln, sondern zusammengefasst bewertet wurden. Da zum 1.1.2007 zusätzlich außergewöhnliche Abschreibungen für die unterschiedlichen Schadenszustände der einzelnen Abschnitte vorgenommen wurden, führte die Zusammenfassung jedoch zu erheblichen Abweichungen. Eine Aktualisierung der Zustandsbewertung auf den 31.12.2007 fand nicht statt. Es ergab sich eine um EUR 767.159,88 zu niedrige Abschreibung, die entsprechend nachgebucht werden musste.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
2.4 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	1.321.117,00	1.321.117,00

Ausgewiesen werden im Wesentlichen Gemälde und Dauerleihgaben an das Küstenmuseum Wilhelmshaven. Die Bewertung erfolgt zulässigerweise in Form eines Festwertes mit dem Versicherungswert der Kunstgegenstände. Dieser Wert hat sich gegenüber dem 1.1.2007 nicht verändert. Ferner gab es im Haushaltsjahr keine Zu- und Abgänge.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
2.5 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1.368.857,38	1.535.831,51

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
PKW	79.563,00	79.208,00
LKW	46.721,00	54.712,33
Anhänger	11.298,00	10.111,00
sonstige Fahrzeuge	858.831,00	953.718,05
Übertrag	996.413,00	1.097.749,38

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
Übertrag	996.413,00	1.097.749,38
Maschinen	122.941,00	130.498,13
Technische Anlagen	<u>249.503,38</u>	<u>307.584,00</u>
	<u>1.368.857,38</u>	<u>1.535.831,51</u>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR	EUR
Stand am 1.1.2007		1.535.831,51
Zugänge		<u>240.010,75</u>
Abgänge	-7.390,16	
Abschreibungen	<u>-399.594,72</u>	<u>-406.984,88</u>
Stand am 31.12.2007		<u>1.368.857,38</u>

Die Zugänge bestehen zum größten Teil aus sonstigen Fahrzeugen (EUR 156.053,31). Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Feuerwehrfahrzeuge.

Die Abgänge bestehen zum größten Teil aus Maschinen (EUR 5.804,66). Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Reinigungsgeräte und Waschmaschinen.

Wie im Vorjahr ergaben sich bei der stichprobenartigen Prüfung Fehler bei den Anschaffungswerten, Zugangszeitpunkten und Nutzungsdauern. Zusätzlich wurden durch das EDV-Programm trotz richtiger Eingaben teilweise falsche Abschreibungen und somit auch falsche Restbuchwerte ermittelt, in einem Fall fehlte die Abschreibung.

Die Fehler führten sowohl zu hohen als auch zu niedrigen Ausweisen. Eine Aufrechnung aller festgestellten Fehler ergab daher nur eine unwesentliche Auswirkung, von einer Korrektur wurde deshalb abgesehen.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
2.6 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	3.749.547,34	3.353.060,97

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Betriebsvorrichtungen	24.839,00	6.642,00
Büromöbel	1.332.259,00	1.342.285,64
Kopierer	9.122,00	2,00
Faxgeräte	56,00	56,00
PC-Hardware	489.966,00	84.487,00
Literatur	1.072,00	21,00
Kameras	4.379,00	338,00
Werkzeug	20.190,00	19.523,00
sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.860.164,34	1.892.206,33
Nutzpflanzen	<u>7.500,00</u>	<u>7.500,00</u>
	<u>3.749.547,34</u>	<u>3.353.060,97</u>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2007		3.353.060,97
Zugänge		<u>1.007.064,42</u>
Abgänge	-5.712,28	
Abschreibungen	<u>-604.865,77</u>	<u>-610.578,05</u>
Stand am 31.12.2007		<u>3.749.547,34</u>

Die Zugänge bestehen zum größten Teil aus PC-Hardware (EUR 496.391,17). Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Ausstattung der Schulen.

Die Abgänge bestehen zum größten Teil aus Büromöbeln (EUR 5.605,08).

Wie im Vorjahr ergaben sich auch hier bei der stichprobenartigen Prüfung Fehler bei den Anschaffungswerten, Zugangszeitpunkten und Nutzungsdauern. Zusätzlich wurden durch das EDV-Programm trotz richtiger Eingaben teilweise falsche Abschreibungen und somit auch falsche Restbuchwerte ermittelt.

Die Fehler führten sowohl zu hohen als auch zu niedrigen Ausweisen. Eine Aufrechnung aller festgestellten Fehler ergab daher nur eine unwesentliche Auswirkung, von einer Korrektur wurde deshalb abgesehen.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
	<hr/>	<hr/>
2.8 Vorräte	15.000,00	15.000,00
	<hr/>	<hr/>

Ausgewiesen wird ein Festwert für den Papiervorrat, der anhand der Beschaffungskosten für das Papierlager ermittelt wurde.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
	<hr/>	<hr/>
2.7 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	1.531.961,07	895.328,93
	<hr/>	<hr/>

Unter den geleisteten Anzahlungen befinden sich im Wesentlichen Zahlungen für die Umbaumaßnahme "Marktstraße Ost" in Höhe von EUR 871.875,85, welche 2008 beendet wurde. Weitere herausragende Posten sind Stadterneuerungs- und -umbaumaßnahmen (EUR 342.318,30) und weiteres Infrastrukturvermögen (EUR 207.989,88), darunter z. B. die Emsstraße.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	731.229,69	718.703,04

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Gesell- schafts- kapital EUR	Anteil am Gesellschaftskapital		Buchwert 31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
	EUR	EUR	%	EUR	EUR
WTFS GmbH	513.000,00	359.407,80	70,06	359.407,80	359.407,80
BSW GmbH	290.564,59	290.564,59	100,00	290.564,59	290.564,59
WFG GmbH	25.564,59	25.564,59	100,00	25.564,59	13.037,94
VHS/MS gGmbH	55.692,71	55.692,71	100,00	<u>55.692,71</u>	<u>55.692,71</u>
				731.229,69	718.703,04

Verbundene Unternehmen sind solche, an denen die Kommune beteiligt ist und die unter deren beherrschendem Einfluss stehen. Dies ist anzunehmen, wenn die Kommune mehr als 50% der Stimmrechte besitzt.

Im Jahr 2007 wurden die restlichen Anteile an der WFG GmbH vom bisherigen Mitgesellschafter erworben.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
3.2 Beteiligungen	1.834.296,68	1.714.296,68

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Gesellschafts- kapital EUR	Anteil am Gesellschafts- kapital EUR	Buchwert EUR	Vorjahr EUR
Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH	22.841.833,35	1.370.510,00	1.370.510,00	1.370.510,00
TCN Marketing GmbH	26.000,00	2.600,00	2.600,00	2.600,00
IWAG GmbH	242.262,83	38.762,05	38.762,05	38.762,05
Ostfriesland Tourismus GmbH	930.250,00	132.560,63	132.560,63	132.560,63
KVG GmbH	332.000,00	67.064,00	67.064,00	67.064,00
WiFöG WHV-FRI GmbH	25.600,00	12.800,00	12.800,00	12.800,00
EWS GmbH	90.000,00	90.000,00	90.000,00	90.000,00
JadeWeserPort Info-Center GmbH	560.000,00	120.000,00	<u>120.000,00</u>	<u>0,00</u>
			1.834.296,68	1.714.296,68

Beteiligungen sind Anteile der Kommune an Unternehmen und Einrichtungen, die in der Absicht gehalten werden, eine dauerhafte Verbindung zu diesen Unternehmen und Einrichtungen herzustellen. Entscheidend ist hierbei die Beteiligungsabsicht und nicht die Beteiligungshöhe.

Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass der Anteil der JadeWeserPort Info-Center GmbH lediglich mit einem Stammkapital-Anteil von TEUR 15 bilanziert wurde. Dabei hat die Stadt Wilhelmshaven zusätzlich noch ein anteiliges Agio von TEUR 105 leisten müssen, welches nachgebucht wurde.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	111.965.444,69	135.217.042,51

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
WEB	71.523.338,13	71.523.338,13
Reinhard-Nieter-Krankenhaus	5.831.478,40	5.831.478,40
SGW	500.000,00	500.000,00
GGS	31.620.501,21	56.339.011,49
SDW	2.065.371,08	604.428,61
Willy-Land-Stiftung	33.233,97	33.233,97
Franz-Kuhlmann-Stiftung	231.589,80	225.619,61
Käthe-Hauptmann-Stiftung	133.600,57	133.600,57
Arthur-Hachmann-Stiftung	10.481,48	10.481,48
Erna-Reith-Stiftung	5.624,21	5.624,21
Else-Klar-Stiftung	<u>10.225,84</u>	<u>10.225,84</u>
	<u>111.965.444,69</u>	<u>135.217.042,31</u>

Zum Sondervermögen mit Sonderrechnung gehören insbesondere die Eigenbetriebe als wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sowie die rechtlich unselbständigen Stiftungen.

Zum 31.12.2007 waren Korrekturen der Eröffnungsbilanz erforderlich. Zum einen wurde die Kapitalrücklage der SDW in Höhe von EUR 1.460.942,27 nachaktiviert, zum anderen wurde ein zum 1.1.2007 aktivierter Sonderposten bei GGS in Höhe von EUR 24.718.510,28 wieder storniert, da dies bei Anwendung der Eigenkapitalspiegelmethode umstritten ist.

Beim Vermögen der Franz-Kuhlmann-Stiftung wurde ein Betrag von EUR 4.784,05 nachaktiviert.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
3.4 Ausleihungen	49.446.070,39	51.053.950,47

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
Ausleihung an GGS	48.336.869,09	49.726.937,88
Wohnungsbaudarlehen	373.170,28	460.619,96
Schuldscheindarlehen I	91.151,07	111.340,54
Schuldscheindarlehen II	95.131,47	95.380,34
KfH Darlehen	0,00	1.402,42
Sonstiges Hypothekendarlehen	357.904,32	357.904,32
Sonstiges Darlehen I	61.464,73	62.614,28
Sonstiges Darlehen II	130.379,43	130.379,43
Schuldscheindarlehen III	0,00	107.371,30
	49.446.070,39	51.053.950,47

Ausleihungen stellen langfristige Forderungen aus Geld- oder Finanzgeschäften dar, dazu zählen vor allem Darlehen, Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden. Sie sind mit ihrem Anschaffungswert anzusetzen.

Grundsätzlich war eine planmäßige Tilgung und somit eine Werthaltigkeit der Ausleihungen gegeben. Die Darlehen im Konzernverbund werden spiegelbildlich in den jeweiligen Bilanzen der Eigenbetriebe und Gesellschaften abgebildet.

In den Fällen des Schuldscheindarlehens II sowie des sonstigen Hypothekendarlehens, bei denen der Schuldner identisch ist, lassen die unverhältnismäßig geringe jährliche Tilgung von EUR 300,00 sowie die bereits über 30 Jahre lange Laufzeit große Zweifel an der Werthaltigkeit aufkommen.

Weiterhin stellte sich bei der Prüfung heraus, dass das Schuldscheindarlehen III bereits 2005 vollständig getilgt wurde. Die Eröffnungsbilanz wurde entsprechend berichtigt.

	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
3.5 Öffentlich-rechtliche Forderungen	15.207.704,09	2.490.090,89

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
Öffentlich-rechtliche Forderungen	19.315.891,66	4.352.712,84
Kommunale Steuern / übrige öffentlich-rechtliche Forderungen	<u>120.895,11</u>	<u>77.001,58</u>
Bruttowert der Forderungen	19.436.786,77	4.429.714,42
abzüglich Pauschalwertberichtigung	<u>-4.229.082,68</u>	<u>-1.939.623,53</u>
Bilanzansatz	<u>15.207.704,09</u>	<u>2.490.090,89</u>

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen (z. B. Steuern, Gebühren, Beiträge) setzen sich überwiegend aus einer Vielzahl von Kleinbeträgen zusammen, es sind aber auch vereinzelt weitaus höhere Beträge im Mio-EUR Bereich vorhanden (Gemeindeanteile an Steuern).

Der hohe Anstieg ist unter anderem auf eine Korrektur der Eröffnungsbilanz zurückzuführen, da zum 1.1.2007 Forderungsbeträge von rund MioEUR 5,5 nachaktiviert werden mussten.

Zur Prüfung wurden wiederum Stichproben herangezogen, die auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Werthaltigkeit geprüft wurden.

Einzelwertberichtigungen wurden im Jahresabschluss nicht vorgenommen, dafür wurde eine Pauschalwertberichtigung von fast 27% des Forderungsbestandes gebildet. Dies erscheint auf den ersten Blick hoch, kann aber aufgrund vieler Altfälle sowie der fehlenden Einzelwertberichtigungen als angemessen bezeichnet werden.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
3.6 Forderungen aus Transferleistungen	1.448.932,97	1.062.058,57

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
Forderungen aus Transferleistungen	1.977.416,87	1.888.810,73
abzüglich Pauschalwertberichtigung	<u>-528.483,90</u>	<u>-826.752,16</u>
	<u>1.448.932,97</u>	<u>1.062.058,57</u>
	<u>1.448.932,97</u>	<u>1.062.058,57</u>

Die Forderungen aus Transferleistungen (z. B. Kosten der Unterkunft, Forderungen aus bewilligten Landes- oder Bundeszuweisungen) setzen sich überwiegend aus einer Vielzahl von Kleinbeträgen zusammen, es sind aber auch vereinzelt weitaus höhere Beträge von über TEUR 700 vorhanden (Finanzausgleichsbeträge).

Zur Prüfung wurden wiederum Stichproben herangezogen, die auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Werthaltigkeit geprüft wurden.

Einzelwertberichtigungen wurden im Jahresabschluss nicht vorgenommen, dafür wurde eine Pauschalwertberichtigung von fast 27% des Forderungsbestandes gebildet. Dies erscheint auf den ersten Blick hoch, kann aber aufgrund vieler Altfälle sowie der fehlenden Einzelwertberichtigungen als angemessen bezeichnet werden.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
3.7 Sonstige privatrechtliche Forderungen	1.821.570,37	503.435,89

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
Privatrechtliche Ford. aus Dienstleistungen	1.572.585,56	503.404,35
Übrige privatrechtliche Forderungen	639.874,58	165.052,72
Liquiditätskredit an KVG GmbH	<u>119.000,00</u>	<u>127.100,00</u>
Bruttowert der Forderungen	2.331.460,14	795.557,07
abzüglich Pauschalwertberichtigung	<u>-509.889,77</u>	<u>-292.121,18</u>
Bilanzansatz	<u>1.821.570,37</u>	<u>503.435,89</u>

Die sonstigen privatrechtlichen Forderungen (z. B. Mieten und Pachten, Gewinnanteile, Verkaufserlöse von Vermögensgegenständen) setzen sich überwiegend aus einer Vielzahl von Kleinbeträgen zusammen, es sind aber auch vereinzelt weitaus höhere Beträge von über TEUR 700 vorhanden (Ausschüttung WEB).

Zur Prüfung wurden wiederum Stichproben herangezogen, die auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Werthaltigkeit geprüft wurden.

Der Liquiditätskredit an die Krematoriums-Verpachtungsgesellschaft mbH (KVG GmbH) war zunächst unter den liquiden Mitteln ausgewiesen und wurde daher umbucht.

Einzelwertberichtigungen wurden im Jahresabschluss nicht vorgenommen, dafür wurde eine Pauschalwertberichtigung von fast 27% des Forderungsbestandes gebildet. Dies erscheint auf den ersten Blick hoch, kann aber aufgrund vieler Altfälle sowie der fehlenden Einzelwertberichtigungen als angemessen bezeichnet werden.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
3.8 Sonstige Vermögensgegenstände	1.001.778,42	0,00

Ausgewiesen wird die Versorgungsrücklage nach § 14a Bundesbesoldungsgesetz. Sie wird als zweckgebundene Rücklage von der Versorgungskasse Oldenburg verwaltet.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
4. Liquide Mittel	3.557.546,50	468.766,78

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
Sparkasse Wilhelmshaven, laufendes Konto	84.327,57	186.956,60
Sparkasse Wilhelmshaven, laufendes Konto	140.200,37	141.520,40
Sparkasse Wilhelmshaven, Tagesgeldkonto	3.158.477,08	3.242,68
Sparkasse Wilhelmshaven, Sparkonto	0,00	615,34
Postbank Hannover, laufendes Konto	114.538,37	84.917,98
Kassenautomat Stadtkasse	37.767,50	36.815,41
Weitere Wechselgeld- und Handvorschüsse bzw. Zahlstellen	22.235,61	14.698,37
	3.557.546,50	468.766,78

Die liquiden Mittel werden mit dem Nennwert ausgewiesen. Die Bankbestände wurden mit den Kontoauszügen abgeglichen, zusätzlich wurden Bankbestätigungen eingeholt.

Der Liquiditätskredit an die Krematoriums-Verpachtungsgesellschaft mbH (KVG GmbH) war zunächst unter den liquiden Mitteln ausgewiesen und wurde auf die sonstigen privatrechtlichen Forderungen umgebucht.

Zu beachten ist, dass die korrekten Bestände nur über Anpassungsbuchungen gegen Reinvermögen zustande gekommen sind, da im laufenden Buchungsgeschäft Fehler in den einzelnen Modulen DKW (Kassenwesen) und DFM (Finanzbuchhaltung) der Finanzsoftware ProFiskal auftreten. Da sich diese Probleme nicht beheben lassen, ist erst mit der Einführung der neuen Finanzsoftware mit einer fehlerfreien Abbildung der liquiden Mitteln zu rechnen.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	2.440.996,00	957.747,48

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
Beamtenbesoldung für Januar Folgejahr	951.578,89	957.747,48
Versorgungsumlage Folgejahr	1.460.500,00	0,00
Sonstige Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	<u>28.917,11</u>	<u>0,00</u>
	<u>2.440.996,00</u>	<u>957.747,48</u>

PASSIVSEITE

	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
1.1.1 Reinvermögen	61.080.819,49	72.577.050,70
	<hr/>	<hr/>

Das Reinvermögen innerhalb der Nettosition ist die Restgröße, dessen Höhe sich aus der Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) und den Schulden (restliche Passiva) ergibt. Die Veränderung beruht auf Berichtigungen der Eröffnungsbilanz (-17.423.141,65 EUR) sowie Buchung von Korrekturposten der liquiden Mittel (5.926.910,44 EUR).

	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	-9.383.467,12	-9.383.467,12
	<hr/>	<hr/>

Hier wird der kamerale Rechnungsabschluss 2006 abzüglich der Haushaltsausgabereste und dem aktivierten Umstellungsaufwand ausgewiesen.

	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
1.2.1 Zweckgebundene Rücklagen	221.287,12	221.287,12
	<hr/>	<hr/>

Es handelt sich hier um das ursprüngliche Vermögen der 6 unselbständigen Stiftungen. Das Vermögen zum Bilanzstichtag wird als Sondervermögen auf der Aktivseite ausgewiesen. Die Absetzung des ursprünglichen Vermögens auf der Passivseite erfolgt, da die Stadt Wilhelmshaven das Vermögen der Stiftungen nicht für eigene Zwecke in Anspruch nehmen darf.

	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
1.3 Jahresergebnis	19.236.553,11	0,00
	<hr/>	<hr/>
	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	89.499.233,22	87.524.024,93
	<hr/>	<hr/>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2007	87.524.024,93
Zugänge	<u>7.008.448,13</u>
Abschreibungen	<u>-5.033.239,84</u>
Stand am 31.12.2007	<hr/> 89.499.233,22 <hr/>

In den Zugängen des Jahres 2007 war zunächst ein Korrekturposten in Höhe von EUR 178.332,37 enthalten, welcher storniert werden musste. Auch ergab sich eine Abweichung der Berechnung der Auflösungen für die Jahre bis 2006 gegenüber dem bisherigen Verfahren, was eine Korrektur von EUR 635.067,83 zur Folge hatte.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	9.991.011,60	10.779.342,73

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 1.1.2007	10.779.342,73
Zugänge	<u>39.592,69</u>
Abschreibungen	<u>-827.923,82</u>
Stand am 31.12.2007	<u>9.991.011,60</u>

Auch hier ergab sich eine Abweichung der Berechnung der Auflösungen für die Jahre bis 2006 gegenüber dem bisherigen Verfahren, was eine Korrektur von EUR 154.925,39 zur Folge hatte.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
1.4.3 Gebührenaussgleich	1.208.976,43	417.903,94

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
Märkte	34.859,43	43.743,94
Rettungsdienst/Krankentransport	<u>1.174.117,00</u>	<u>374.160,00</u>
	<u>1.208.976,43</u>	<u>417.903,94</u>

Die Prüfung der Betriebsabrechnungsbögen ergab eine geringfügige Erhöhung des Gebührenüberschusses der Märkte um EUR 1.426,25. Der Überschuss des Rettungsdienstes/Krankentransport erhöhte sich um EUR 83.001,00 für das Jahr 2006 (Korrektur der Eröffnungsbilanz).

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
1.4.4 erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	139.342,89	0,00

Es handelt sich um Abschlagszahlungen für Fremdfinanzierungsanteile, z. B. vom Land Niedersachsen für den Straßenbau. Bei der Prüfung stellte sich heraus, dass ca. TEUR 78 der Maßnahmen bereits im Jahr 2007 abgeschlossen wurden. Aufgrund von Unwesentlichkeit wurde aber auf eine Korrektur verzichtet.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
2.1.1 Liquiditätskredite	8.234.000,00	20.744.000,00

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
Sparkasse Wilhelmshaven, Kontokorrentkredit	0,00	6.490.000,00
ING Diba, Termingeldkonto	0,00	5.000.000,00
Märkische Bank, Darlehenskonto	0,00	5.000.000,00
GGS	3.216.000,00	2.035.000,00
WEB	2.956.000,00	1.143.000,00
SDW	1.535.000,00	1.076.000,00
SGW	400.000,00	0,00
VHS/MS gGmbH	127.000,00	0,00
	8.234.000,00	20.744.000,00

Die Liquiditätskredite werden mit dem Nennwert ausgewiesen. Es erfolgte ein Abgleich mit den Bilanzen der Eigenbetriebe, zusätzlich wurden die Darlehensverträge eingesehen.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
2.1.2 Sonstige Geldschulden	3.854.260,23	7.396.824,28

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
VHS/MS gGmbH	0,00	309.350,00
SGW	2.159.715,21	1.547.102,75
RNK Senioren-Wohn- & Dienstleistungs- gGmbH	0,00	750.000,00
Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH	1.694.545,02	2.311.467,20
WTF Stadtwerke GmbH	0,00	2.478.904,33
	3.854.260,23	7.396.824,28

Die sonstigen Geldschulden werden mit dem Nennwert ausgewiesen. Es erfolgte ein Abgleich mit den Bilanzen der Eigenbetriebe und Gesellschaften. Dabei wurde festgestellt dass die anfänglich ausgewiesenen Beträge unzutreffend waren, in zwei Fällen stand der unveränderte Vorjahreswert. Es wurde insgesamt eine Korrektur von EUR - 1.344.834,05 vorgenommen.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
2.2 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.652.915,15	1.222.949,41

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen setzen sich aus einer Vielzahl von Beträgen zwischen unter EUR 1 und mehr als EUR 300.000,00 (Beihilfen IV. Quartal 2007) zusammen. Es handelt sich hauptsächlich um Aufwendungen für Gebäude, Energie, Personal und Erschließungskosten.

Zunächst war in der Position auch die Buchung von Korrekturposten der liquiden Mittel in Höhe von EUR 5.926.910,44 enthalten. Es erfolgte eine Umbuchung auf das Reinvermögen, da nicht sicher ist, dass diese Korrekturen allein Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen.

Zur Prüfung wurden wiederum Stichproben herangezogen, die auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Zahlungsausgleich geprüft wurden.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
2.3.1 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	170.380,49	56.856,48

Bei den Verbindlichkeiten aus Zuwendungen und Zuschüssen für laufende Zwecke handelt es sich z. B. um Sportförderungen. Die Position setzt sich aus Beträgen von unter EUR 100 bis über EUR 4.000 zusammen, eine Verbindlichkeit liegt über EUR 150.000 (Zahlungsabwicklung GAQ).

Zur weiteren Prüfung wurden Stichproben herangezogen, die auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Zahlungsausgleich geprüft wurden.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
2.3.2 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	-200,00	18.008,31

Es handelt sich um einen Überzahlungsbetrag der Schuldendiensthilfe. Die Position ist von untergeordneter Bedeutung.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
2.3.3 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	365.759,16	2.387.756,78

Die sozialen Leistungsverbindlichkeiten variieren zwischen Kleinbeträgen und über TEUR 275 (Kosten für Werkstätten, heilpädagogische Leistungen, Hilfen zum selbstbestimmten Leben).

Zur weiteren Prüfung wurden Stichproben herangezogen, die auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Zahlungsausgleich geprüft wurden.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
2.3.4 Steuerverbindlichkeiten	4,09	0,00

Es handelt sich um eine unwesentliche Restverbindlichkeit.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
2.4.1 Durchlaufende Posten	1.167.800,14	350.393,68

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
Verrechnete Mehrwertsteuer	56.795,56	14.539,70
Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	279.672,05	258.653,90
Sonstige durchlaufende Posten	831.332,53	77.200,08
	1.167.800,14	350.393,68

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
a) Verrechnete Mehrwertsteuer	56.795,56	14.539,70

Ausgewiesen wird die für die Monate November und Dezember 2007 zu entrichtende Umsatzsteuer für die Betriebe gewerblicher Art der Kernverwaltung. Bei der Verprobung mit den Umsatzsteuer-Voranmeldungen stellte sich eine Differenz von ca. TEUR 38 heraus, die auf Wunsch der Kämmerei korrigiert wurde.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
b) Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	279.672,05	258.653,90

Ausgewiesen wird die für den Monat Dezember 2007 abzuführende Lohn- und Kirchensteuer der Stadt Wilhelmshaven. Der Betrag wurde mit der Lohnsteuer-Anmeldung an das Finanzamt für Dezember 2007 abgeglichen und ist bis auf eine unwesentliche Differenz in Ordnung.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
c) Sonstige durchlaufende Posten	831.332,53	77.200,08

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
vereinnahmte Gebühren SGW	34.441,84	77.200,08
vereinnahmte Gebühren WEB	619.234,31	0,00
Verwahrgelder	<u>177.656,38</u>	<u>0,00</u>
	<u>831.332,53</u>	<u>77.200,08</u>

Ausgewiesen werden von der Kernverwaltung vereinnahmte Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, dabei handelt es sich hauptsächlich um Müllgebühren.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
2.4.2 Abzuführende Gewerbesteuer	793.384,00	4.334.186,00

Ausgewiesen wird die Nachzahlung zur Gewerbesteuer-Umlage für das Jahr 2007. Die entsprechende "Meldung der Umlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens" wurde von uns bereits Anfang 2008 geprüft und ist in Ordnung.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
2.4.3 Andere sonstige Verbindlichkeiten	61.275,00	21.894,24

Es handelt sich um die restliche an die JadeWeserPort Info-Center GmbH zu zahlende Kapitalrücklage. Im Vorjahr wurden Wohngeldverbindlichkeiten ausgewiesen.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	116.218.900,00	114.322.188,00

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
Pensionen aktive Beamte Kernverwaltung	45.786.372,00	44.488.288,00
Pensionen Versorgungsempfänger	57.528.156,00	57.135.766,00
Beihilfen aktive Beamte Kernverwaltung	5.585.937,00	5.427.571,00
Beihilfen Versorgungsempfänger	7.018.435,00	6.970.563,00
Pensionen Zweckverband Veterinäramt	<u>300.000,00</u>	<u>300.000,00</u>
	<u>116.218.900,00</u>	<u>114.322.188,00</u>

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde von der Versorgungskasse Oldenburg nach den gesetzlichen Vorschriften mit dem Programm HAESSLER Pensionsrückstellung HPR 4.5 durchgeführt. Für sämtliche Pensionäre, Hinterbliebene und aktive Beamte der Kernverwaltung wurde die Pensionsrückstellung einzeln auf der Basis von pauschalierten Berechnungsgrundlagen berechnet. Die Berechnungsgutachten wurden eingesehen und zu 100% mit den Zahlungsempfängerlisten (Besoldung, Versorgungsbezüge) abgeglichen. Die Prüfung hat ergeben, dass für alle aktiven Beamten, Pensionäre und Hinterbliebene ein entsprechendes Gutachten vorliegt. Die Gutachten wurden stichprobenweise auf inhaltliche Richtigkeit geprüft, Abweichungen haben sich nicht ergeben.

Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass Beamte nach § 107b BeamtVG (Verteilung der Versorgungslasten für abgegebene/übernommene Beamte) nicht erfasst worden sind. Nach Angabe des Fachbereichs Zentrale Dienste befinden sich diese Fälle noch in der Abstimmungsphase zwischen den Versorgungskassen und dem Innenministerium. Es ist damit zu rechnen, dass eine Entscheidung getroffen wird, ob und ggf. unter welchen Konstellationen derartige Fälle in die Bilanz einfließen sollen.

Soweit aus versicherungsmathematischen Gründen (z. B. Veränderungen der Sterbetafeln) die Pensionsrückstellungen neu zu bewerten sind, werden diese Veränderungen auch bei den Beihilferückstellungen nachvollzogen.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
3.2 Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen	6.831.513,28	6.509.629,51

Der **Posten** hat sich im Berichtsjahr wie folgt **entwickelt**:

	1.1.2007 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	31.12.2007 EUR
Urlaubsrückstellungen	720.383,27	-720.383,27	0,00	648.808,83	648.808,83
Überstundenrückstellungen	470.247,89	-470.247,89	0,00	983.985,13	983.985,13
Rückstellungen für Altersteilzeit	<u>5.318.998,35</u>	<u>-377.078,13</u>	<u>0,00</u>	<u>256.799,10</u>	<u>5.198.719,32</u>
	<u>6.509.629,51</u>	<u>-1.567.709,29</u>	<u>0,00</u>	<u>1.889.593,06</u>	<u>6.831.513,28</u>

Unter dieser Bilanzposition werden die Lohn- und Gehaltszahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit, nicht in Anspruch genommenen Urlaub und geleistete Überstunden ausgewiesen, sofern ein Ausgleich nach dem Bilanzstichtag vorgenommen wurde.

Die Berechnungen der Rückstellungen für Altersteilzeit werden mit dem Programm "Rückstellung Altersteilzeit" durchgeführt. Dieses Programm wurde vom Klinikum Stuttgart entwickelt und hat sich seit Jahren am Markt bei fast 700 Anwendern behauptet, darunter auch beim Reinhard-Nieter-Krankenhaus in Wilhemshaven. Es wird die vom Hauptfachausschuss des Instituts für Wirtschaftsprüfer vorgegebene Berechnungsmethode angewandt.

Neue Altersteilzeitvereinbarungen wurden eingesehen und die Eingangsdaten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Programm der Rückstellungsberechnung geprüft. Es ergaben sich geringfügige Abweichungen, die auf die Berechnung der Rückstellung jedoch keine Auswirkung haben. Die Berechnungen anhand des Programms sind nachvollziehbar und nicht zu beanstanden.

Die Rückstellungen für Urlaubsansprüche und für geleistete Überstunden wurden mit selbst erstellten Excel-Tabellen ermittelt. Die Berechnungen wurden anhand der Formeln geprüft und für in Ordnung befunden.

Bei den Eingangsdaten der Rückstellungen für geleistete Überstunden erscheint die angenommene Arbeitsstundenzahl pro Monat geringfügig zu hoch. Die Folgewirkung auf die berechnete Rückstellung ist jedoch nicht wesentlich bzw. tolerierbar, da eine etwas höhere Rückstellung im Zweifel das Risiko einer ungewissen Verbindlichkeit abdeckt.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
3.3 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	205.000,00	205.000,00

Unter dieser Rückstellung werden unverändert geschätzte Kosten für die Sicherungsmaßnahmen für ein mit Kampfmitteln belastetes, unbebautes Grundstück ausgewiesen (Bordumer Busch). Die Umzäunung des Grundstücks ist insgesamt erneuerungsbedürftig.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
3.4 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	20.721,82	0,00

Ausgewiesen werden Steuerrückstellungen für Betriebe gewerblicher Art aufgrund einer steuerlichen Außenprüfung des Finanzamts.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
3.5 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	3.947.059,35	3.877.003,48

Der **Posten** hat sich im Berichtsjahr wie folgt **entwickelt**:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften	3.857.059,35	3.827.003,48
anhängige Gerichtsverfahren	<u>90.000,00</u>	<u>50.000,00</u>
	<u>3.947.059,35</u>	<u>3.877.003,48</u>

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
3.6 Andere Rückstellungen	1.778.159,09	1.205.510,40

Der **Posten** hat sich im Berichtsjahr wie folgt **entwickelt**:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
Jubiläumsrückstellungen	166.374,00	163.400,00
Rückstellung für Leibrenten	1.072.498,12	1.042.110,40
Mietrückstellungen Ratrium	174.756,90	0,00
Rückstellung für rückständige Mietzahlungen	337.295,57	0,00
Rückstellung für leistungsorientierte Bezahlung	23.375,00	0,00
Sonstige Rückstellungen	<u>3.859,50</u>	<u>0,00</u>
	<u>1.778.159,09</u>	<u>1.205.510,40</u>

Bei den Jubiläumsrückstellungen werden die voraussichtlichen Jubiläumszuwendungen bis zum Jahr 2046 für das 25- und 40-jährige Dienstjubiläum berücksichtigt.

Für die seitens der Kernverwaltung bestehenden Verpflichtungen in Form von Leibrenten aus dem Erwerb von Grundstücken auf Rentenbasis wurden entsprechende Rückstellungen gebildet. Nach der Ermittlung der noch zu erwartenden Leibrenten durch den zuständigen Eigenbetrieb GGS wurde die erforderliche Abzinsung auf den Kapitalwert unterlassen, so dass sich ein zunächst höherer Wert ergab. Die erforderliche Abzinsung wurde nachgebucht.

Die Mietrückstellung betrifft eine Kürzung der Mieten aufgrund von Mängeln im Ratrium.

Die rückständigen Mietzahlungen betreffen fragliche Zahlungen an GGS für die Zeit vor dem 1.1.2007, daher wurde hier eine Korrektur der Eröffnungsbilanz vorgenommen.

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
1. Steuern und ähnliche Abgaben	64.294.200,00	0,00	82.844.802,47	0,00

	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Grundsteuer A	102.062,53	0,00
Grundsteuer B	11.844.964,70	0,00
Gewerbesteuer	47.338.338,51	0,00
Gemeindeanteil Einkommensteuer	18.054.452,00	0,00
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	2.671.520,00	0,00
Vergnügungssteuer	645.570,00	0,00
Hundesteuer	376.403,45	0,00
Jagdsteuer	1.275,06	0,00
Leistungen Land Hartz IV	<u>1.810.216,22</u>	<u>0,00</u>
	<u>82.844.802,47</u>	<u>0,00</u>

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	54.693.400,00	0,00	55.682.149,82	0,00

Segmentierung der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen

	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Bund	6.811.914,43	0,00
Land	48.572.144,52	0,00
Sonstige	235.249,05	0,00
Spenden	<u>62.841,82</u>	<u>0,00</u>
	<u>55.682.149,82</u>	<u>0,00</u>

Es handelt sich hauptsächlich um Schlüsselzuweisungen des Landes (MioEUR 44).

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	6.235.600,00	0,00	5.861.831,26	0,00

Ausgewiesen werden die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie für Beiträge und Entgelte.

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
4. Sonstige Transfererträge	4.506.100,00	0,00	4.220.134,16	0,00

	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Örtliche Trägerschaft	1.148.130,94	0,00
Überörtliche Trägerschaft	2.204.542,10	0,00
Sonstige	<u>867.461,12</u>	<u>0,00</u>
	<u>4.220.134,16</u>	<u>0,00</u>

Es handelt sich im Wesentlichen um soziale Leistungen.

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
5. Öffentlich-rechtliche Entgelte	7.437.500,00	0,00	7.018.318,39	0,00

	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Verwaltungsgebühren	3.012.149,81	0,00
Benutzungsgebühren	3.982.918,58	0,00
Sonstige zweckgebundene Abgaben	<u>23.250,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>7.018.318,39</u>	<u>0,00</u>

Unter dieser Position werden z. B. Rettungsdienstgebühren ausgewiesen.

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
6. Privatrechtliche Entgelte	605.900,00	0,00	398.013,21	0,00

	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Mieten und Pachten	297.430,69	0,00
Erträge aus dem Verkauf von Sachvermögen	53.514,14	0,00
Sonstige private Leistungsentgelte	<u>47.068,38</u>	<u>0,00</u>
	<u>398.013,21</u>	<u>0,00</u>

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	31.194.300,00	0,00	31.967.800,85	0,00

	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Bund	5.709,44	0,00
Land	24.971.109,24	0,00
Gemeinden	644.336,16	0,00
Zweckverbände	551,15	0,00
Sonstige öffentliche Betriebe	23.446,23	0,00
Verbundene Unternehmen	2.225.161,75	0,00
Private Unternehmen	156.299,80	0,00
Übrige Bereiche	<u>3.941.187,08</u>	<u>0,00</u>
	<u>31.967.800,85</u>	<u>0,00</u>

Den größten Anteil haben die Erstattungen des Landes für Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Trägerschaft.

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	8.586.700,00	0,00	10.125.518,71	0,00

	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Zinsen verbundene Unternehmen	3.828.963,16	0,00
Zinsen Stiftungen	80.361,97	0,00
Zinsen Bank	45.246,56	0,00
Zinsen siB	13.248,13	0,00
Buß- und Verwargelder	995.307,80	0,00
Mahn- und Pfändungsgebühren	40.057,53	0,00
Stundungs- und Verzugszinsen	10.624,40	0,00
Abwicklung Verbraucherinsolvenzen	202,88	0,00
Nebenforderungen DPK	263.778,73	0,00
Nebenforderungen Haushalt	74.283,67	0,00
Gewinnanteile	3.813.989,13	0,00
Steuerverzinsungen	<u>959.454,75</u>	<u>0,00</u>
	<u>10.125.518,71</u>	<u>0,00</u>

Die Zinserträge der verbundenen Unternehmen sowie die Gewinnanteile wurden in Stichproben geprüft.

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
9. Sonstige ordentliche Erträge	3.127.700,00	0,00	3.224.031,93	0,00

	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Konzessionsabgaben GEW	3.017.163,00	0,00
Steuererstattungen	610,69	0,00
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	191.853,47	0,00
Andere sonstige ordentliche Erträge	<u>14.404,77</u>	<u>0,00</u>
	<u>3.224.031,93</u>	<u>0,00</u>

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
10. Summe ordentliche Erträge	180.753.100,00	0,00	201.342.600,80	0,00

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
11. Aufwendungen für aktives Personal	37.733.400,00	0,00	38.968.458,17	0,00

	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
a) Dienstaufwand	26.979.158,53	0,00
b) Versorgungsaufwand	6.374.334,31	0,00
c) Beiträge Sozialversicherung	3.047.790,56	0,00
d) Beihilfen, Unter- stützungsleistungen	594.013,53	0,00
e) Zuführung Rückstellungen	<u>1.973.161,24</u>	<u>0,00</u>
	<u>38.968.458,17</u>	<u>0,00</u>

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
12. Aufwendungen für Versorgung	0,00	0,00	1.099.300,08	0,00

	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
a) Beihilfen für Versorgungsempfänger	659.038,08	0,00
b) Zuführung Rückstellungen	<u>440.262,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>1.099.300,08</u>	<u>0,00</u>

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.788.804,71	0,00	12.021.090,37	0,00

	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Unterhaltung Sachvermögen	3.103.375,13	0,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	44.951,04	0,00
Mieten, Pachten und Leasing	1.348.588,49	0,00
Bewirtschaftung Grundstücke und Betriebsausstattung	3.808.537,80	0,00
Fahrzeugaufwendungen	242.222,87	0,00
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	359.847,97	0,00
Aufwendungen aus Spenden	23.473,59	0,00
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	822.350,71	0,00
Aufwendungen für Schulen	436.352,67	0,00
Erwerb von Vorräten	56.801,37	0,00
Sonstige Sach- und Dienstleistungen	<u>1.774.588,73</u>	<u>0,00</u>
	<u>12.021.090,37</u>	<u>0,00</u>

	Haushaltsplan	fortgeschriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
14. Abschreibungen	6.340.200,00	0,00	11.582.188,29	0,00

	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Immaterielles Vermögen	2.812.637,36	0,00
Sachvermögen	4.811.101,82	0,00
Ueinbringliche Forderungen	3.909.654,18	0,00
Sonstige Forderungen	36.511,35	0,00
Sonstiges Finanzvermögen	<u>12.283,58</u>	<u>0,00</u>
	<u>11.582.188,29</u>	<u>0,00</u>

Der wesentliche Anteil der Abschreibungen auf das Sachvermögen entfällt auf das Infrastrukturvermögen (MioEUR 3,6).

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	764.000,00	0,00	1.780.078,66	0,00

	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Zinsen im		
Beteiligungsbereich	206.132,28	0,00
Zinsen Liquiditätskredite	431.903,56	0,00
Zuführung Rückstellung		
Bürgschaften/anhängige		
Gerichtsverfahren	70.055,87	0,00
Zinsen auf		
Steuernachzahlungen	212.044,71	0,00
Abführung		
Gebührenüberschuss	728.793,31	0,00
Sonstige		
Finanzaufwendungen	<u>131.148,93</u>	<u>0,00</u>
	<u>1.780.078,66</u>	<u>0,00</u>

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
16. Transfer- aufwendungen	87.046.429,29	0,00	58.300.230,54	0,00

	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Zuweisungen und Zuschüsse	7.688.353,80	0,00
Förderung nach NPflegeG	258.820,73	0,00
Sozialaufwendungen		
örtliche Trägerschaft	12.250.765,76	0,00
Sozialaufwendungen		
überörtliche Trägerschaft	19.182.073,23	0,00
Sozialaufwendungen		
außerhalb von Einrichtungen	3.895.072,59	0,00
Sozialaufwendungen in Einrichtungen	5.693.500,98	0,00
Sonstige Sozialaufwendungen	1.591.158,45	0,00
Gewerbesteuerumlage	7.653.234,00	0,00
Allgemeine Umlagen	<u>87.251,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>58.300.230,54</u>	<u>0,00</u>

Die größte Einzelposition ist die Gewerbesteuerumlage.

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
17. Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	58.847.386,04	0,00

	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Ehrenamtliche Tätigkeiten	239.563,96	0,00
Rechte und Dienste	148.499,41	0,00
Gutachten, Honorare	443.596,68	0,00
Öffentliche		
Bekanntmachungen	25.127,15	0,00
Aufwendungen für Büro- material, Fachliteratur, Kommunikation und EDV	2.915.986,77	0,00
Reisekosten	591.576,68	0,00
Gerichtskosten	50.880,71	0,00
Steuern und Versicherungen	727.452,44	0,00
Erstattungen Bund	761.458,57	0,00
Erstattungen Land	343.731,56	0,00
Erstattungen Gemeinden	587.237,02	0,00
Erstattungen		
Zweckverbände	8.476,09	0,00
Erstattungen sonstige		
öffentliche Bereiche	490.990,42	0,00
Erstattungen verbundene		
Unternehmen	23.666.881,32	0,00
Erstattungen Eigenbetriebe	2.537.005,56	0,00
Erstattungen private		
Unternehmen	104.323,48	0,00
Erstattungen übrige		
Betriebe	1.397.102,08	0,00
Kosten der Unterkunft und sonstige soziale Aufwendungen	23.743.456,69	0,00
Sonstige Verwaltungs- aufwendungen	64.039,45	0,00
	<u>58.847.386,04</u>	<u>0,00</u>

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
18. Summe ordentliche Aufwendungen	184.736.834,00	0,00	182.598.732,15	0,00

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
19. Ordentliches Ergebnis	-3.983.734,00	0,00	18.743.868,65	0,00

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
20. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	1.736.330,37	0,00

	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Empfangene Spenden	19.458,25	0,00
Sonstige außergewöhnliche Erträge	302.414,50	0,00
Sonstige periodenfremde Erträge	1.291.790,19	0,00
Erträge Veräußerung Sachvermögen	<u>122.667,43</u>	<u>0,00</u>
	<u>1.736.330,37</u>	<u>0,00</u>

Die sonstigen periodenfremden Erträge betreffen Nachzahlungen des Landes Niedersachsen.

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	-1.243.645,91	0,00

	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Sonstige außergewöhnliche Aufwendungen	-19.601,25	0,00
Sonstige periodenfremde Aufwendungen	<u>-1.224.044,66</u>	<u>0,00</u>
	<u>-1.243.645,91</u>	<u>0,00</u>

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	492.684,46	0,00

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
23. Jahresergebnis	-3.983.734,00	0,00	19.236.553,11	0,00